

Bericht über Deutschland

24. April und 4.-8. Mai 2015

Positives



Der institutionelle und gesetzliche Rahmen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte

- » Die meisten internationalen Menschenrechtsverträge wurden ratifiziert
- » Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) wurde auf eine gesetzliche Grundlage gestellt
- » Es gibt einen allgemeinen Rahmen zur demokratischen Aufsicht über Nachrichten- und Sicherheitsdienste

Menschenrechte von Einwanderern, Asylbewerbern und Flüchtlingen

- » In den letzten Jahren beträchtliche Bemühungen im Bereich Asyl
- » Hilfsmaßnahmen für syrische Flüchtlinge seit 2013
- » Zusätzliche Mittel für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- » Beschleunigtes Asylverfahren für Asylbewerber mit Priorität
- » Erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt und Freizügigkeit für Flüchtlinge
- » Insgesamt gute Lebensbedingungen in Aufnahmezentren; gut ausgebildetes Personal und Unterstützung seitens der Bevölkerung
- » Abzuschiebende werden nicht länger in Haftanstalten festgehalten

Kampf gegen Rassismus und Intoleranz

- » Aufnahme rassistischer Beweggründe und Ziele als strafverschärfender Umstand ins Strafgesetzbuch
- » Stärkere Bemühungen zur Eindämmung von Rechtsextremismus

Bedenken



Der institutionelle und gesetzliche Rahmen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte

- » Die schwachen Befugnisse der Antidiskriminierungsstelle des Bundes
- » Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter ist finanziell und personell ungenügend ausgestattet
- » Es fehlt eine unabhängige Beschwerdeinstanz für polizeiliches Fehlverhalten
- » Die Aufsicht über die Arbeit der Nachrichten- und Sicherheitsdienste ist lückenhaft
- » Den Kontrollorganen der Nachrichten- und Sicherheitsdienste fehlt es an Mitteln und technischem Fachwissen
- » Es fehlen wirksame Rechtsmittel gegen Überwachungsmaßnahmen

Menschenrechte von Einwanderern, Asylbewerbern und Flüchtlingen

- » Lange Wartezeiten bei der Registrierung und Bearbeitung von Asylanträgen
- » Erschwerter Zugang zu medizinischer Versorgung in einigen Ländern
- » Unzureichende Unterstützung besonders schutzbedürftiger Asylbewerber
- » Fälle von Misshandlung in Aufnahmezentren
- » Fehlen eines vollberechtigten Flüchtlingsstatus neu angesiedelte Flüchtlinge
- » Erschwerter Zugang zur Familienzusammenführung

Kampf gegen Rassismus und Intoleranz

- » Zunahme von Rassismus und Intoleranz;
- » Zu eng gefasste Herangehensweise an den Kampf gegen Rassismus;
- » Strukturelle Voreingenommenheit gegenüber Minderheiten innerhalb der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden

Empfehlungen

Der institutionelle und gesetzliche Rahmen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte

- » Ratifizierung der revidierten Europäischen Sozialcharta; des Übereinkommens zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt; des Protokolls Nr. 12 zur Europäischen Menschenrechtskonvention zum generellen Verbot von Diskriminierung; des Übereinkommens zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch; des fakultativen Protokolls zum internationalen Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte; des Internationalen Übereinkommens zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen
- » Erweiterung der Befugnisse des Deutschen Instituts für Menschenrechte
- » Erweiterung der Befugnisse der Antidiskriminierungsstelle des Bundes
- » Bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter;
- » Einrichtung eines völlig unabhängigen Verfahrens zur Verfolgung polizeilichen Fehlverhaltens;
- » Gewährleistung, dass Überwachungstätigkeiten mit den Menschenrechten vereinbar sind
- » Stärkung des gesetzlichen Rahmens und der Aufsicht über sämtliche Tätigkeiten der Nachrichten- und Sicherheitsdienste einschließlich ihrer Zusammenarbeit mit ausländischen Diensten
- » Erweiterung des Personals und des Fachwissens der Kontrollorgane der Nachrichten- und Sicherheitsdienste
- » Klärung der Bedingungen unter denen Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, im Ausland überwacht werden dürfen

Menschenrechte von Einwanderern, Asylbewerbern und Flüchtlingen

- » Stärkere Unterstützung der Länder und Kommunen bei der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen
- » Entwicklung bundesweit verbindlicher Mindeststandards für die Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen
- » Erleichterung der Anforderungen an die Familienzusammenführung und verstärkter Rechtsschutz
- » Überprüfung aller Angaben zu Misshandlungen von Asylbewerbern
- » Erhöhung der Neuansiedlungsquoten
- » Erleichterung des Zugangs zu medizinischer Versorgung und Verbesserung der Integration von Flüchtlingen und Personen, die internationalen Schutz genießen
- » Bemühungen um eine Überholung der Dublin-Verordnung

Kampf gegen Rassismus und Intoleranz

- » Breiter angelegte Herangehensweise an den Kampf gegen Rassismus; nicht nur das Augenmerk auf extremistische Gruppen richten;
- » Strikte und eindeutige Verurteilung jeder Art von Hassrede und Hassverbrechen
- » Vermeidung von jeglicher Rhetorik, die bestimmte Bevölkerungsgruppen stigmatisiert
- » Vorgehen gegen Racial Profiling seitens der Polizei und Gewährleistung wirksamen Rechtsschutzes für die Opfer von Diskriminierung durch öffentliche Behörden
- » Formale Richtlinien und Schulung von Polizisten, Staatsanwälten und Richtern zu Hassverbrechen
- » Bessere statistische Erfassung von Hassverbrechen;
- » Einführung eines Systems zur Erfassung von ethnienrelevanten Daten